

TOP:

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :allgemeine Verwaltung

Datum
24.10.2023

Drucksache-Nr.:01-131-2023

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Hauptausschuss	18.12.2023					
Stadtverordnetenversammlung	23.02.2024					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Petition "Stillstand in der Stadt Kremmen überwinden - konsequent Handeln für eine zukunftsfähige Kommune"

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:

1. Die/Der Petition wegen „Stillstand in der Stadt Kremmen überwinden - konsequent Handeln für eine zukunftsfähige Kommune " vom 01.08.2023 (Eingang: 05.09.2023) wird *abgelehnt/zugestimmt*.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Petentin/den Petenten in geeigneter Form von der Entscheidung zu unterrichten.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Vorlage.....	Abweichende Vorlage	

.....
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Die Petition vom 1. August 2023 ist am 5. September bei der Stadt Kremmen eingegangen. Frau Schenk wurde am 13. September 2023 schriftlich mitgeteilt, dass die Petition in der Stadtverordnetenversammlung am 9. November 2023 behandelt/beschieden wird.

§ 16 BbgKVerf

„Jeder hat das Recht, sich in Gemeindeangelegenheiten mit Vorschlägen, Hinweisen und Beschwerden einzeln oder gemeinschaftlich an die Gemeindevertretung oder den Bürgermeister zu wenden. Der Einreicher ist innerhalb von vier Wochen über die Stellungnahme zu den Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden zu unterrichten. Ist dies nicht möglich, erhält er einen Zwischenbescheid.“

Das Petitionsrecht des § 16 verpflichtet die Gemeindevertretung oder den Bürgermeister zur Behandlung, Prüfung und Bescheidung der eingereichten Vorschläge, Bitten und Beschwerden.

Das Anliegen muss sachlich geprüft werden. Der Gang des Verfahrens ist vom Gesetzgeber nicht gesondert geregelt worden und folgt daher der inneren Organisation der Gemeinde/Stadt.

Insbesondere folgt aus § 16 kein Recht des Petenten auf Anhörung, Aufklärung des Sachverhalts, Beweiserhebung oder schriftliche Auseinandersetzung mit dem Petenten.